

**Vertragen wir
6.000.000 Arbeitslose?**

Reflexionen |

*Ein Periodikum der BIMIK
Mittelstandsberatung GmbH,
Würzburg*

„Im Januar
4,82 Millionen Arbeitslose“

„Gegen konjunkturelle
Arbeitslosigkeit machtlos
– Gewerkschaften müssen
maßhalten“

„Deutsche Bank will
9.000 Arbeitsplätze
streichen – davon 5.000
in Deutschland“

„Auch Wachstum schafft
keine neue Arbeit“

„Die Unternehmen müssen
jetzt Arbeitsplätze
schaffen.“ Norbert Blüm

„Die deutsche Wirtschaft
verdient dickes Geld,
doch die Arbeitgeber
können den Hals nicht voll-
kriegen.“ Dieter Schulte

„Deutsche Unternehmen
verdienen nicht zuviel,
sondern zuwenig Geld.“
Hans Olaf Henkel

„Opposition: Die Regie-
rung steht der Arbeitslosig-
keit hilflos gegenüber!“

Wir begegnen ihnen täglich in den Zeitungen: den Schlagzeilen, die die aktuelle Debatte über die Arbeitslosigkeit in Deutschland begleiten. Die Höhe der Arbeitslosenzahlen läßt historische Erinnerungen wach werden, weckt Emotionen und berührt die soziale Frage.

Wo aber liegen die Gründe für die Massenarbeitslosigkeit und wo die Verantwortlichkeiten? Welche Rolle spielen die sogenannten gesellschaftlichen Gruppen in dieser Entwicklung? Oder, um die Frage zuzuspitzen:

Wer ist schuld an der hohen Arbeitslosigkeit? ----->

Die Politiker?

Das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft prägt unseren sozialen Frieden. Die Unterschiede zwischen reich und arm existieren hierzulande nicht in dem Maße wie in anderen Ländern. Im Laufe der Zeit hat sich diese Politik allerdings auf eine Nivellierung und Besitzstandswahrung reduziert. Der Dialog zwischen Parteien, Gewerkschaften und Arbeitgebern ist abgerissen – ein Konsens wird kaum noch gefunden.

Der konstruktive Dialog wird durch dogmatische Diskussionen und populistische Meinungsäußerungen verdrängt, Wörter mit eindeutigen Inhalten werden mit gravierenden Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit dieses Landes umdefiniert. Verbanden wir einst, wenn wir von „sparen“ sprachen, damit so etwas wie „maßhalten“ und „nicht verschwenden“, so hat die Politik das Wort in irreführender Weise umgedeutet in „weniger Schulden machen“. Wen wundert es da, daß unsere Politiker beim Thema Steuerreformen und Steuerentlastungen von „Gegenfinanzierung“ sprechen? Als ob es eine Rolle spielte, woher das Geld kommt: aus der rechten oder aus der linken Tasche.

Das unkontrollierte Wuchern der Verwaltungen, des Rechts und der teils aberwitzigen Verfahrensvorschriften tragen ein übriges zur Entstehung der aktuellen Situation bei. Es waren die Politiker, die in der Vergangenheit die Rahmenbedingungen für die Entwicklung Deutschlands bestimmten und formten – und sie tun es noch immer. Allerdings müssen auch sie akzeptieren, daß die Bedeutung der nationalen Administrativen im Zuge von Europa eher geringer wird.

Die neuen Länder?

Die Wiedervereinigung kam für uns zu einem Zeitpunkt, als die ausländischen Unternehmen bereits in enorme Schwierigkeiten geraten und dadurch gezwungen waren, zu restrukturieren. Deutschland wurde jedoch von einem Einheitsboom und einer Euphorie getragen, die trügerisch und gefährlich zugleich waren. Nach kurzer Zeit wurde es nötig, die maroden staatlichen Betriebe im Osten des Landes aus gesellschaftspolitischen Gründen künstlich am Leben zu erhalten. Die Betriebe, nun im Besitz der Treuhandgesellschaft, wurden liquidiert, fusioniert oder an Investoren verkauft, wobei immense Summen flossen.

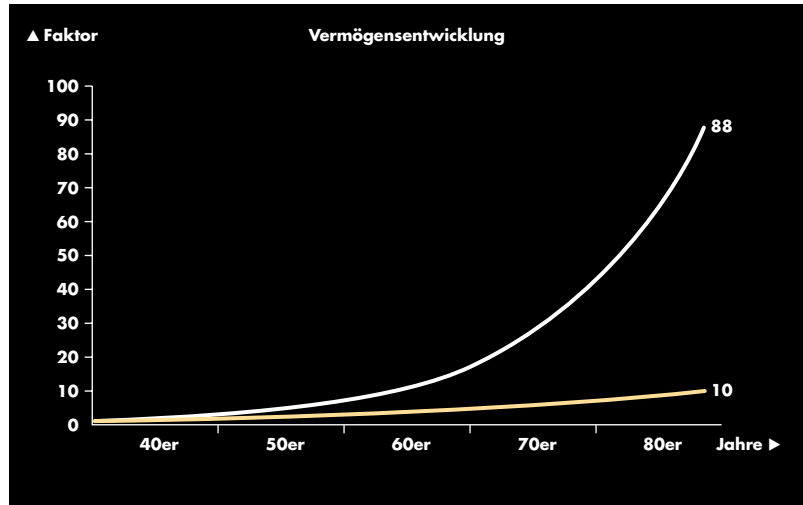
Die Erkenntnis, daß die Betriebe nicht ohne staatliche Unterstützung existieren würden, führte zu einer kuriosen Situation: Defizitäre Betriebe produzierten weiterhin mit der Hilfe von Steuermitteln ihre nicht absetzbaren Produkte, doch das richtete gleich doppelten Schaden an, denn das Geld für notwendige Veränderungen floß nach Ostdeutschland, und der westdeutschen Wirtschaft – speziell im Mittelstand – entstanden staatlich geförderte Konkurrenten.

Die Großinvestoren?

Das Zusammenrücken der weltweiten Finanzmärkte und die Liberalisierung des Handels führte auch im Verhalten der Investoren zu einer Globalisierung, und durch dieses veränderte Investitionsverhalten auch zu einem verschärften Kampf um die gewaltigen Investitionssummen – denn Investoren sind im wesentlichen an Dividenden und Aktienkursgewinnen interessiert. Die Vermögensverwaltungen, denen die Anleger ihre Gelder anvertrauen, suchen darum – wer will es ihnen verdienen? – nach Investitionsmöglichkeiten, die sich streng an den Erfolgsaussichten orientieren.

5% Verzinsung* ■

10% Verzinsung* □



*Verzinsung jährlich,
Zinsen wieder angelegt

Hierzu werden weltweit immense Summen auf den Kapitalmärkten bewegt und nehmen damit entscheidenden Einfluß auf die Wirtschaft. Waren es einmal die Politiker, die die Wirtschaft dominierten, so nehmen heute die weitgehend unabhängigen Konzerne maßgeblichen Einfluß auf die Politik. In Zukunft werden die Investoren über ihre Einflußnahme auf die Manager in den Unternehmen auch ihre Interessen gegenüber der Politik zu vertreten wissen. Investments entscheiden immer öfter über die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und nehmen damit Einfluß auf die Entwicklungen, die zwangsläufig zu Veränderungen am Arbeitsmarkt führen.

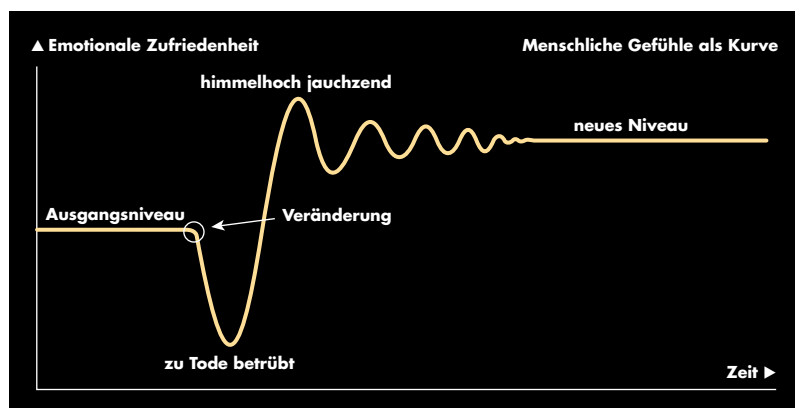
Firma	Asset Under Management
Merryl Lynch	ca. 1.018 Mrd. US\$*
Barceley Global Investors	ca. 495 Mrd. US\$*
Allianz	ca. 188 Mrd. US\$*
US Bank Corp.	ca. 68 Mrd. US\$*
United Asset Management Corp.	ca. 171 Mrd. US\$*

Quelle: Firmenveröffentlichungen

* Zum Vergleich: Das Bruttosozialprodukt 1996 lag in den USA bei 6.316 Mrd. US\$, in den Niederlanden bei 325 Mrd. US\$, während das deutsche Bruttosozialprodukt 1.805 Mrd US\$ betrug (Quelle: OECD, Bundesbank).

**Vertragen wir nun
6.000.000 Arbeitslose?**

Kommen wir jetzt noch einmal zur eingangs gestellten Frage zurück. Wer will – wer kann – darauf eine Antwort geben? Unstrittig ist, daß wir jetzt schleunigst umdenken müssen, bevor wir auch nur in die Nähe dieser magischen Zahl kommen. Wir müssen aufhören, uns gegenseitig zu blockieren und zu behindern – ob direkt oder indirekt. Uns muß ebenfalls klar werden, daß wir und unser Land viel zu unbedeutend sind, um die Welt verändern zu können. Wir werden uns daran gewöhnen müssen, Besitzstände abzugeben und auch, daß Veränderungen zuerst stets Rückschritte bedeuten.



Jetzt liegt es an uns allen – den Politikern, den Unternehmen, den Gewerkschaften, den Investoren und den Menschen in unserem Land, die Veränderungen so zu steuern, daß sich die Verhältnisse bessern, um gar nicht erst in die Lage zu kommen, herausfinden zu müssen, ob wir sechs Millionen Arbeitslose in unserem Land vertragen würden. Die Politik steht in der Pflicht, endlich auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Die sich lähmend breitgemachte Besitzstandswahrung darf nicht weiterhin Maßstab für existentielle Entscheidungen sein.

Die Wirtschaft hat sich in verstärktem Maße wieder den Menschen als Arbeitnehmer zuzuwenden, ohne die ein Wirtschaften keinen Sinn macht. Die Investoren müssen begreifen, daß eine Konzentration der Firmen hin zu Mega-Unternehmen nicht das Ziel sein darf, denn mehr als um Gewinnmaximierung geht es doch darum, dauerhafte Werte zu schaffen.

Alle zusammen müssen bereit sein, Lösungen und Verbesserungen konsequent anzugehen, um die jetzige, festgefahrene Situation zu überwinden. Das verlangt Opfer von uns allen. Opfer, die die sechs Millionen Arbeitslosen verhindern können, denn die verträgt unser Land nicht!

Juni 1998

**Peter Merkel
Geschäftsführender
Gesellschafter**

BLMK Mittelstandsberatung GmbH

Kantstraße 18, D-97074 Würzburg

Telefon (09 31) 7 97 64-0, Fax (09 31) 7 97 64 99

e-Mail: Peter.Merkel@t-online.de